

POSTULAT von Hansruedi Schmid (SP, Richterswil) und Bernhard Egg (SP, Elgg)
betreffend Behebung der Demokratiedefizite bei Zweckverbänden

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. Bei Abstimmungen in Zweckverbänden die Mitbestimmung aller Stimmberechtigten zu gewährleisten und die entsprechenden Gesetze und Verordnungen anzupassen.
2. Das Demokratiedefizit bei der Bestellung der Zweckverbandsorgane zu beheben und den Stimmberechtigten die direkte Wahl zu ermöglichen.
3. Die Zweckverbände auf eine transparente Information ihrer Tätigkeiten zu verpflichten.
4. Die Einführung einer Geschäftsprüfung für Zweckverbände zu prüfen.

Hansruedi Schmid
Bernhard Egg

316/2000

Begründung:

Eine Vielzahl von Gemeindeaufgaben wird heute von Zweckverbänden wahrgenommen. Diese sinnvolle Art von regionaler Zusammenarbeit, welche nicht zuletzt aus ökonomischen Überlegungen stattfindet, gerät jedoch zunehmend unter Druck. Insbesondere dann, wenn steigende Kosten oder grössere Investitionen eine Mitbeteiligung der Stimmberechtigten erfordern. Die Abstimmungen, welche meist ein qualifiziertes Mehr der Gemeinden erfordern, finden in jeder Gemeinde separat und vielfach auch zu verschiedenen Terminen statt. Es kommt vor, dass die Beschlüsse der zuletzt stimmenden Gemeinden gar nicht mehr relevant sind, da die vorher Stimmenden bereits zu der entsprechenden Mehrheit geführt haben: Für die einzelnen Stimmberechtigten eine sehr unbefriedigende Art der Mitbestimmung.

Für viele Entscheide sind die Delegierten der Gemeinden, die meist durch die Exekutiven bestimmt werden, zuständig. Die Entscheide der Zweckverbandsghremien müssen von den Exekutiven der Gemeinden verantwortet oder zumindest akzeptiert werden, dies macht vielen Exekutivmitgliedern der Gemeinden Mühe.

Die Aktivitäten der Zweckverbände werden durch Steuergelder oder Gebühren finanziert. Die Stimmberechtigten erfahren aber kaum etwas über den Einsatz dieser Gelder. Die Geschäftsberichte der Zweckverbände sind den Stimmberechtigten kaum zugänglich. Eine Geschäftsprüfung findet, neben der Rechnungsprüfung, nicht statt.